

Große Anfrage

des Abgeordneten Noah Rechtens und der Liberal-Demokratischen Fraktion

DAS SPANNUNGSVERHALTEN ZWISCHEN SICHERHEIT UND INDIVIDUELLER FREIHEIT – REGIERUNGSPOLITIK UND IHRE AUSWIRKUNGEN

Die Bundesregierung hat angekündigt, verschiedene Maßnahmen, besonders im Bereiche der inneren Sicherheit, zu ergreifen. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit solche Maßnahmen in die individuellen Freiheitsrechte eingreifen könnten. Besonders eine liberale Partei in der Opposition hat es sich zur nötigen Aufgabe gemacht, diese Vorgänge zu überwachen und wenn nötig zu kritisieren und Änderungen anzuregen.

Gerade in den Bereichen Überwachung, Polizeibefugnisse, Migration und Versammlungsrecht können Maßnahmen, die der inneren Sicherheit dienen sollen, erhebliche Auswirkungen auf Grundrechte wie die informationelle Selbstbestimmung, die Versammlungsfreiheit oder die Meinungsfreiheit haben.

Ich frage daher die Bundesregierung:

1. Welche spezifischen sicherheitspolitische Maßnahmen plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode?
2. Welche Strategie verfolgt die Regierung, Konflikte zwischen innerer Sicherheit und individuellen Freiheitsrechten zu vermeiden beziehungsweise im entsprechenden Falle diese Konflikte zu lösen?
3. In welchen Bereichen plant die Bundesregierung eine Ausweitung staatlicher Überwachung?
 - a. Durch welche Mechanismen soll diese Überwachung begrenzt und kontrolliert werden?
 - b. Gibt es Pläne zur Einführung einer generellen Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen?
4. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität, illegaler Migration etc. nicht zu einer unverhältnismäßig starken Einschränkung

persönlicher- und auch wirtschaftlicher Freiheit führen werden?

- a. Gibt es konkrete Pläne, die Versammlungsfreiheit oder das Demonstrationsrecht einzuschränken?
 - b. Gibt es konkrete Pläne zur Umsetzung wettbewerbs- und freiheitsgefährdender Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik?
5. Welche Änderungen sind in Bezug auf das Polizeirecht, die Bundeswehr, die Geheimdienste etc. vorgesehen?
 6. Welche Lehre zieht die Bundesregierung aus bisherigen Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes, die Einschränkungen der Freiheitsrechte auch in Bezug auf Migration für unzulässig erklärt haben?

Wir erhoffen uns durch die Beantwortung dieser Fragen Klarheit im politischen Diskurs, auch und besonders für die Bürger, und wollen klarmachen, dass Freiheitseinschränkungen in diesem Hohen Haus nicht toleriert werden – weder durch eine linke, noch durch eine rechte Koalition.

Berlin, den 11. Februar 2025

Noah Rechtsens und Fraktion